

## Fragen

**für die Fragestunde der 132. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 12. Dezember 2007**

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Ackermann, Jens (FDP) .....	34	Dr. h. c. Michelbach, Hans (CDU/CSU) .....	1, 2
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	15	Pau, Petra (DIE LINKE.) .....	16, 17
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	29, 30	Rawert, Mechthild (SPD) .....	32, 33
Burgbacher, Ernst (FDP) .....	22	Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	20, 25
Dr. Dehm, Diether (DIE LINKE.) .....	18, 19	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	21
Hill, Hans-Kurt (DIE LINKE.) .....	26	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) .....	7
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	39, 40	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	4
Kolbe, Manfred (CDU/CSU) .....	27, 28	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.) .....	31
Koppelin, Jürgen (FDP) .....	23, 24	Dr. Volkmer, Marlies (SPD) .....	3, 41
Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	8, 9	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	14
Lenke, Ina (FDP) .....	5, 6	Dr. Wodarg, Wolfgang (SPD) .....	35, 36
Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.) .....	10, 11	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.) .....	12, 13
Maisch, Nicole (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	37, 38		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	11

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter  
**Dr. h. c. Hans  
Michelbach**  
(CDU/CSU)

Zählt es nach Auffassung der Bundesregierung zu den geläufigen, gutzuheißenden Aussagen im Bestreben auf eine Förderung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, dass der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, am 16. November 2007 auf einer Abendveranstaltung in der Stadt Coburg in Bezug auf die Person des Präsidenten der IHK zu Coburg und Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung der weltweit tätigen Brose Unternehmensgruppe M. S. geäußert hat: „Dem Möchtegern-Berlusconi müsst ihr zeigen, dass man Coburg nicht kaufen kann!“ (vgl. Coburger Tageblatt vom 17. November 2007), und wenn nein, sollte der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, sich für diese Aussage öffentlich entschuldigen?
  
2. Abgeordneter  
**Dr. h. c. Hans  
Michelbach**  
(CDU/CSU)

Besitzt die Bundesregierung über die vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, ausgeführte kommunalpolitische Lage in der Stadt Coburg eigene Kenntnis, und wenn nein, woher bezieht sie ihr Wissen?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

3. Abgeordnete  
**Dr. Marlies  
Volkmer**  
(SPD)

Welchen Ansehensverlust befürchtet die Bundesregierung für die Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Weltgemeinschaft, wenn sich der Freistaat Sachsen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der UNESCO-Welterbekonvention hinwegsetzt und die Waldschlösschenbrücke ohne Verständigung mit der UNESCO-Kommission bauen lässt und so die Aberkennung des Welterbetitels für die Elbtalauen verursacht?\*)
  
4. Abgeordneter  
**Rainer  
Steenblock**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie ist die Haltung der Bundesregierung zu dem Parteitagsbeschluss der CDU, den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union in Frage zu stellen und für eine privilegierte Partnerschaft zu plädieren, in Anbetracht der Tatsache, dass dies im Widerspruch

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 41.

zur beschlossenen EU-Verhandlungslinie steht, der die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende, Dr. Angela Merkel, zugestimmt hat?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

5. Abgeordnete  
**Ina Lenke**  
(FDP)      Welche Rechtsgrundlagen in welchen Bundesländern müssten geändert werden, damit private und privat-gewerbliche Anbieter sowie Elterninitiativen Zuschüsse aus dem ESF-Programm zur Förderung betrieblich unterstützter Kinderbetreuung erhalten?
6. Abgeordnete  
**Ina Lenke**  
(FDP)      Wann werden die Förderrichtlinien zum ESF-Programm zur Förderung betrieblich unterstützter Kinderbetreuung veröffentlicht, und welches sind die Inhalte der Förderrichtlinien?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

7. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)      Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Veranstaltungen im Rahmen der Infotour „Selbstbestimmt leben: Persönliches Budget“ mit Blick auf die Einführung des Persönlichen Budgets als Regelleistung ab 1. Januar 2008?
8. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Sieht die Bundesregierung, bezogen auf die Forderung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz nach einer Kostenbeteiligung der Eingliederungshilfe des Bundes sowie bezogen auf die Forderung nach einer Stärkung ambulanter vor stationärer Leistungen, eine Möglichkeit darin, die Finanzverantwortung für die Ausführung ambulanter Leistungen selbst zu übernehmen, und falls nein, wie möchte die Bundesregierung ansonsten mit den Forderungen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz umgehen?

9. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie möchte die Bundesregierung auf die Forderung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz reagieren, die eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe sowie einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe verlangt, und wie möchte die Bundesregierung prüfen, ob ein eigenständiges Leistungsrecht für Menschen mit Behinderung wünschbar ist?
10. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Lötzs**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele unbefristete und befristete Stellen werden die zehn größten Arbeitsämter in Deutschland 2008 von der Arbeitsagentur zugewiesen bekommen, und welche wichtigen Gründe gibt es, dass Mitte Dezember 2007 diese Informationen für 2008 bei den Arbeitsämtern noch nicht vorliegen?
11. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Lötzs**  
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den hohen Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit befristeten Verträgen in den Jobcentern, und welche Auswirkungen hat der hohe Anteil an befristeten Verträgen auf die kontinuierliche Arbeit der Jobcenter mit den Arbeitslosen und den Unternehmen, die Arbeitskräfte suchen?
12. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung im Bereich der Wahrnehmung von SGB-II-Aufgaben eine Obergrenze für befristet Beschäftigte bei den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und Agenturen für Arbeit mit getrennter Aufgabenwahrnehmung (AAGAw) festzulegen, und falls ja, in welcher Höhe soll diese angesetzt werden?
13. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele der derzeit bestehenden befristeten Beschäftigungsverhältnisse für SGB-II-Aufgaben in den ARGEn und AAGAw würden über der Obergrenze liegen, aufgeschlüsselt nach Regionaldirektionen, und welche Auswirkungen hätte die Einführung dieser Obergrenze nach Ansicht der Bundesregierung auf die Arbeitsfähigkeit der ARGEn und AAGAw, insbesondere aber auch auf die Betreuungsschlüssel?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

14. Abgeordneter  
**Wolfgang  
Wieland**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welcher oder welche Richter am Bundesverfassungsgericht haben dem Bundesminister des Innern bei welcher Gelegenheit geraten, die Bundesregierung solle sich im Zweifel nicht an Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes halten, wie dieser in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 29. November 2007 ausführte?
15. Abgeordneter  
**Volker  
Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie ist die Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Frage vom 27. November 2007 (Bundestagsdrucksache 16/7434) zu verstehen, dass sie die „Empfehlungen des Bundesrechnungshofes und den angekündigten Bericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in ihre Überlegungen zur künftigen Regelung des Einsatzes von externen Beschäftigten in der Bundesverwaltung einbeziehen wird“, und welche konkreten Maßnahmen wird sie in einer Richtlinie zur Schaffung von Transparenz und zur Vermeidung von Interessenkollisionen aus diesen Empfehlungen ableiten?
16. Abgeordnete  
**Petra  
Pau**  
(DIE LINKE.)
- Wie geht die Bundesregierung mit der Tatsache um, dass das sachsen-anhaltinische Landeskriminalamt und Mitarbeiter des dortigen Innenministeriums die Zahlen rechtsextrem motivierter Straftaten bewusst geschönt haben, indem man rechtsextreme Straftaten wie „Hakenkreuzschmierereien“ und „Sieg-Heil“-Rufe, nicht mehr als solche einstufte und damit die Statistik für zumindest das Jahr 2007 um 200 Fälle senkte?
17. Abgeordnete  
**Petra  
Pau**  
(DIE LINKE.)
- Welche Initiativen hat die Bundesregierung im Rahmen der Innenministerkonferenz ergriffen, um zu verhindern, dass die Verfahrensregelungen zur Erfassung rechtsextrem motivierter Straftaten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landes- und Bundesbehörden verletzt werden, weil man sich gegen „Fehlinterpretationen und ungerechtfertigte Bewertungen“ schützen wolle?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

18. Abgeordneter  
**Dr. Diether Dehm**  
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Debatte im Europäischen Rat zur Verlängerung der Ausnahmegenehmigungen für die ermäßigte Mehrwertsteuer für die nach dem 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetretenen Mitgliedstaaten, und wird die Bundesregierung die Verlängerung unterstützen?
19. Abgeordneter  
**Dr. Diether Dehm**  
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung vieler Wirtschaftswissenschaftler, dass durch die Ausweitung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes deutliche Effekte für eine Vergrößerung der Kaufkraft und damit zusätzliche Anreize zur Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht werden könnten, und sieht die Bundesregierung aus dieser Einschätzung heraus Handlungsbedarf, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Reparaturdienstleistungen und für reparierte Ersatzteile in den Bereichen PKW, Haushaltsgeräte und Rundfunkgeräte auszudehnen?
20. Abgeordnete  
**Christine Scheel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung als Miteigentümerin der Deutsche Post AG zu ergreifen, nachdem der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Post AG, Klaus Zumwinkel, unmittelbar nach Bekanntwerden der politischen Einigung der großen Koalition über die Allgemeinverbindlichkeit des Posttarifvertrages von seinem Aktienoptionsrecht Gebrauch gemacht hat und damit privat erhebliche Kursgewinne realisiert hat?
21. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, nur noch Staatsanleihen zu akzeptieren, die von mindestens einer der drei großen Ratingagenturen mit der Bewertung „A“ oder besser eingestuft wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft  
und Technologie**

22. Abgeordneter  
**Ernst  
Burgbacher**  
(FDP)
- In welchem Umfang gab es ggf. Rückverlagerungen von Fertigungskapazitäten und Arbeitsplätzen nach Deutschland seit 2005, und welche Branchen betrifft dies?
23. Abgeordneter  
**Jürgen  
Koppelin**  
(FDP)
- Gibt es im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie Überlegungen, § 12 des KfW-Gesetzes zu ändern und die Aufsicht über die Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe (KfW) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu übertragen (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 4. Dezember 2007)?
24. Abgeordneter  
**Jürgen  
Koppelin**  
(FDP)
- Welche Gründe sprechen aus der Sicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie für eine Übertragung der Aufsicht über die KfW an die BaFin?
25. Abgeordnete  
**Christine  
Scheel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Ausführungen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel („Weil ein amerikanischer Autoboss das Tausendfache eines Arbeiters verdient, muss ganz offensichtlich auch ein deutscher Autokonzernchef eine Gehaltssteigerung bekommen, die er seinen Mitarbeitern nie zugestehen könnte. Ich möchte mich hier nicht zum Erfolg amerikanischer Autounternehmen äußern, aber ich lese auch, dass alle Hersteller seit Jahren ein japanisches Autounternehmen als besonders erfolgreich sehen. Dort verdient der Chef nur ungefähr das Zwanzigfache eines Arbeiters. Das ist in etwa das Doppelte eines deutschen Kanzlers, wenn er nicht gerade in der Schweiz Geschäfte für russisches Gas macht, liebe Freunde.“) in ihrer Parteitagsrede auf dem CDU-Parteitag in Hannover zu tun, um unangemessene Einkommensdifferenzen zwischen Beschäftigten und Managern zu begrenzen?
26. Abgeordneter  
**Hans-Kurt  
Hill**  
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die absehbaren Verzögerungen beim Börsengang des sog. weißen Bereichs der ehemaligen RAG, jetzt Evonik, aufgrund der krisenhaften Situation auf den Finanzmärkten sowie die von Konzern und Stiftung öffentlich diskutierte Erwägung, Aktienpakete an einzelne



Investoren zu verkaufen, und die daraus resultierenden Folgen für das zu erwartende Vermögen der RAG-Stiftung?

27. Abgeordneter  
**Manfred  
Kolbe**  
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer strukturpolitischen Verantwortung insbesondere für wirtschaftlich schwache Regionen unseres Landes Möglichkeiten, um im Rahmen beispielsweise der beabsichtigten Schließung des DHL-Logistikstandortes Oschatz/Sachsen und dem damit direkt wie indirekt verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen in Regionen mit mehr als 13,5 Prozent Arbeitslosigkeit tätig zu werden?

28. Abgeordneter  
**Manfred  
Kolbe**  
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung derartige geplante Schließungen mit dem gleichzeitigen Wegfall von beispielsweise mehr als 240 Arbeitsplätzen im Rahmen des weiteren Aufbaus Ost für vertretbar?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

29. Abgeordnete  
**Cornelia  
Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Rolle spielte der Marine Stewardship Council (MSC) als weltweit bisher umfassendstes Zertifizierungssystem für eine nachhaltige Meeresfischerei im Rahmen des runden Tisches zur Fischerei am 21. November 2007 in Bonn (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nr. 188 vom 22. November 2007)?

30. Abgeordnete  
**Cornelia  
Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

In welcher Weise unterstützt die Bundesregierung den MSC, insbesondere bei der Steigerung seines Bekanntheitsgrades?

31. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten  
Tackmann**  
(DIE LINKE.)

Wie viele Fischereibetriebe in welchen Bundesländern haben bedingt durch Kormoranschäden nachweislich im Jahr 2007 ihre Existenzgrundlage verloren, und wie viele Arbeitsplätze sind dadurch vernichtet worden?

32. Abgeordnete  
**Mechthild  
Rawert**  
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung seit dem Auslaufen der Walfangflotte Japans am 18. November 2007 unternommen, um die japanische Regierung von ihrem Vorhaben abzubringen, bis zu 935 Zwergwale, 50 Finnwale und 50 Buckelwale in dieser Saison unter dem Deckmantel des „wissenschaftlichen Walfanges“ zu töten?
33. Abgeordnete  
**Mechthild  
Rawert**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tötung von jeweils 50 Finn- und Buckelwalen, obwohl diese Walpopulationen auf der Roten Liste 2007 der World Conservation Union (IUCN) stehen, und was unternimmt die Bundesregierung konkret, um das Aussterben dieser Walpopulationen zu verhindern?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

34. Abgeordneter  
**Jens  
Ackermann**  
(FDP)
- Welche Personen bzw. Verbände im Einzelnen werden in die Expertengruppe, die sich laut Bundesregierung zur Novellierung des Rettungsassistentengesetzes beraten soll, eingeladen, und beabsichtigt die Bundesregierung, Abgeordnete des Deutschen Bundestages in diese Gruppe mit einzuladen?
35. Abgeordneter  
**Dr. Wolfgang  
Wodarg**  
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass nach Angaben der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) im Jahr 2005 an der Charité Berlin von insgesamt 115 Nieren 59 an Privatpatienten transplantiert wurden, dass in Kiel von 22 Nieren acht an Privatpatienten und von acht Herzen drei an Privatpatienten transplantiert wurden und dass in Hannover für das gleiche Jahr die Warteliste für Lungentransplantationen 130 Privatpatienten und nur 38 Kassenpatienten ausweist?
36. Abgeordneter  
**Dr. Wolfgang  
Wodarg**  
(SPD)
- Welche Erkenntnisquellen nutzt die Bundesregierung, um sich einen Eindruck über eine medizinisch sachgerechte Praxis bei der Organallokation zu verschaffen, und wie gestaltet die Bundesregierung ihre diesbezügliche Informationspflicht gegenüber dem Deutschen Bundestag?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung**

37. Abgeordnete  
**Nicole Maisch**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie möchte die Bundesregierung in Zukunft den weiteren sog. Wildwuchs bei den Regionalflughäfen verhindern, und inwiefern sind davon in Planung begriffene Flughäfen betroffen?
38. Abgeordnete  
**Nicole Maisch**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche objektiven Kriterien plant die Bundesregierung, vor dem Hintergrund der stetigen Zunahme des Flugverkehrs und der damit verbundenen extremen Belastung der Umwelt, anzulegen, um den Neubau von reinen Prestigeobjekten zu verhindern?
39. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Sachstand bei der vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgeschlagenen Einrichtung einer Pilotstrecke zur Fahrradmitnahme im ICE, nachdem sich die Fahrradmitnahme im Fernverkehr der Deutsche Bahn AG durch den seit dem 9. Dezember 2007 gültigen Fahrplan weiter verschlechtert hat, und kann mit dem Start des Politversuchs noch vor dem Fahrplanwechsel im Dezember 2008 gerechnet werden?
40. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, wie die Deutsche Bahn AG die im dritten Eisenbahnpaket vorgesehene Fahrradmitnahme umsetzt, und inwieweit plant die Bundesregierung, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, eine Ausnahme von der Anwendung der Bestimmungen zur Fahrradmitnahme zu gewähren?
41. Abgeordnete  
**Dr. Marlies Volkmer**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die für den Bau der Waldschlösschenbrücke zur Verfügung gestellten Mittel sperren, wenn sich der Freistaat Sachsen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der UNESCO-Welterbekonvention hinwegsetzt und die Brücke ohne Verständigung mit der UNESCO-Kommission bauen lässt?\*)

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 3.

